

Anfrage - Nr. AF 30/2008 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.06.2008		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Berufliche Bildung durch effizienteren Ressourceneinsatz stärken (CDU)

Die berufliche Bildung in Bremerhaven ist wegen ihrer zentralen Bedeutung zu stärken. Die begonnene Umstrukturierung der beruflichen Bildung durch Lernfelder muss durch die Schaffung angemessener Lernumgebungen und personeller Ausstattung unterstützt werden. Die Angebote der beruflichen Schulen müssen weiter entwickelt werden z.B. durch Einrichtung beruflicher Gymnasien, neuer Berufsfachschulen und dem Ausbau der Verbundausbildung. Warteschleifen an beruflichen Schulen dürfen keine Akzeptanz finden. Alle Angebote müssen zu einer allgemeinen oder beruflichen Höherqualifizierung führen oder eine Anerkennung auf eine spätere Ausbildungszeit ermöglichen. Ein Standortentwicklungsplan für die beruflichen Schulen, in dem auch Einsparpotentiale aufgezeigt werden, steht noch immer aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Welche Möglichkeiten der Zusammenlegung und Zusammenführung von beruflichen Bildungsgängen an einem Schulstandort sieht der Magistrat und welche Kosteneinsparungen könnten sich daraus ergeben? (Bitte konkrete Angaben zu einzelnen Bildungsgängen und den Schulstandorten)
2. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat durch die Bildung von fachlichen Schwerpunkten, aufwendige Werkstatteinrichtungen an einzelnen Schulstandorten zu konzentrieren und welche Kosteneinsparungen könnten sich daraus ergeben? (Bitte konkrete Angaben zu den einzelnen Bildungsgängen, Schulstandorten, Werkstätten oder Laboratorien)
3. Welche Möglichkeiten der Kooperation und der Werkstattnutzung sieht der Magistrat im Rahmen der dualen beruflichen Ausbildung mit externen Partnern und welche Kosteneinsparungen könnten sich daraus ergeben?
4. Welche Ursachen hat die in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Zahl von Schülerinnen und Schülern im Übergangssystem und wie bewertet der Magistrat diese Entwicklung?
5. Welche Maßnahmen will der Magistrat ergreifen um schrittweise die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Übergangssystem zu reduzieren?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, die Konkurrenzfähigkeit von Bremerhavener Schulabgängerinnen und Schulabgängern gegenüber Bewerbern um einen Ausbildungsplatz aus dem niedersächsischen Umland zu stärken?

gez.
Paul Bödeker
Irene von Twistern
und Fraktion